

Mehr Europa! Bevor es an Covid-19 zerbricht

ULRIKE GUÉROT

Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems | Gründerin des European Democracy Labs

Es kommt nicht oft vor, dass man gebeten wird, in alte Texte von sich selbst zu schauen und sie zu kommentieren. Das moderne Publikationsgeschäft ist zu kurzlebig dafür. Vor rund einem Jahr habe ich für den Band „Weiter. Denken. Ordnen. Gestalten“ der Alfred Herrhausen Gesellschaft einen Beitrag verfasst, in dem ich dafür plädiert habe, dass die EU sich von einer Rechtsgemeinschaft zu einem politisierten Rechtsraum fortentwickeln müsse. Kann dieser Text Covid-19 und die damit einhergehende, vielleicht epochale kulturelle und politische Wende überdauern? Oder wird in der „neuen Normalität“, von der man jetzt spricht, im Mai 2020, auch die EU wieder in ihre zähe, technokratische und de facto institutionell lädierte Spur zurückkehren, in der sie in den letzten Jahren schon immer war: weitgehend handlungsunfähig, zerstritten, vom Bürger weit entfernt? Ersteres mag man hoffen, Letzteres steht hingegen zu befürchten.

OHNE SOUVERÄNITÄT KANN EUROPA IN DER KRISE NICHT HANDELN

Sollte sich durch ein Virus aber überraschenderweise doch ein Fenster der Geschichte auftun und wir die Systemfrage stellen, also darüber diskutieren, ob die EU, in der wir gelebt haben, *normal* oder *gut* war? Sollten wir dann ehrlicherweise zugeben können, dass sie grundlegenden, demokratietheoretischen Ansprüchen nicht entspricht? Dann wäre mein Beitrag von vor einem Jahr überraschend aktuell. Er erklärt, warum die EU in der Corona-Krise gar nicht handeln kann, nämlich weil sie nicht souverän ist. Er erklärt auch, warum es keine wirkliche Bürger-Europa-Bindung gibt, etwas, was der EU in diesen Corona-Zeiten politisch vor die Füße fällt. Meine Vorschläge könnten gleichsam eine Piste dafür darstellen, was jetzt zu tun wäre, um Europa nach Corona wieder auf die Beine zu stellen, und zwar ein souveränes, demokratisches Europa.

GLEICHHEITSGRUNDSATZ IN EUROPA DURCHSETZEN

Mein Vorschlag vor einem Jahr war nichts Geringeres – aber auch nichts Größeres – als die Durchsetzung des allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatzes für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger. Rechtsgleichheit, die nicht Zentralismus bedeutet, ist die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für jede Demokratie. Wer eine europäische Demokratie will, müsste dafür eintreten. Die Gurke, so habe ich argumentiert, ist in der EU-Rechtsgemeinschaft gleich vor dem Recht, der Euro, also das Geld, ist es auch. Die einzigen, die nicht rechtsgleich sind, sind wir, die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Wir besitzen, in den Worten des französischen Soziologen Pierre Rosanvallon, nicht das *Sacre du Citoyen*, das Heiligtum der Bürger, also gleiche bürgerliche, politische und soziale Rechte. Bei Wahlen, Steuern oder dem Zugang zu sozialen Rechten sind wir eben am Ende doch nur Franzosen oder Sloweninnen, Irinnen oder Finnen. Meine Forderung war daher: Können wir, bitteschön, alle einfach mal wirklich europäische Bürgerinnen und Bürger werden, wenn man uns schon als *European Citizen* tituliert? In der Sozialwissenschaft nennt man dies die „Politisierung der europäischen Bürgerschaft“, ein Zustand, in dem die EU ihre Bürgerinnen und Bürger nicht nur entweder als Verbraucher, Konsumenten oder Arbeitsnehmer wahrnimmt. Sondern als politische Subjekte, die über die europäischen Dingen entscheiden. Und nicht der europäische Rat!

FÜR EIN MEHR AN EUROPA

Keine wirkliche Bürgerschaft aber ohne Staat. Eigentlich habe ich in meinem Text die Frage nach einer europäischen Staatlichkeit aufgeworfen, die im Zuge der europäischen Verfassungsdiskussion von 2003 schon einmal hochaktuell war, dann aber verworfen wurde. Ich würde mich freuen, wenn wir zu ihr zurückkehren könnten und offen und ehrlich über Formen

europäischer Staatlichkeit diskutieren könnten, wenn es jetzt um ein #PostCorona Europa geht. Emmanuel Macron hat das eigentlich in den vergangenen zwei Jahren ständig versucht, immer, wenn er in seinen wichtigen Europareden von „Souveraineté Européenne“, von europäischer Souveränität gesprochen hat.

„Wenn die Corona-Krise in einen europäischen Verfassungsprozess mündete, an deren Ende sich Europa *verfasst* – ohne Verfassung ist alles nichts, sagte einst Alexander Hamilton – hätte es diese Krise, im Gegensatz zu allen Krisen der letzten Dekaden, für ein *Mehr* an Europa genutzt.“

Oder doch jeder für sich allein. Der berühmte „Rütli-Schwur“ aufs Geld aber ist meistens der Moment einer Verfassungsgebung. Ich stehe mithin zu jedem Wort meines Textes und halte ihn für aktueller denn je. Wenn die Corona-Krise in einen europäischen Verfassungsprozess mündete, an deren Ende sich Europa *verfasst* – ohne Verfassung ist alles nichts, sagte einst Alexander Hamilton – hätte es diese Krise, im Gegensatz zu allen Krisen der letzten Dekaden, für ein *Mehr* an Europa genutzt. Anstatt womöglich an Covid-19 endgültig zu zerbrechen.

CoronaBonds, europäische öffentliche Güter, gemeinsame Anleihen – das alles diskutieren wir gerade. Hand aufs Herz: Eigentlich diskutieren wir genau darüber, nämlich ob wir – bis hin zum Schwur aufs gemeinsame Geld – zusammen aus dieser Krise kommen.





IMPRESSUM

Alfred Herrhausen Gesellschaft

Mitglieder der Geschäftsführung: Dr. Anna Herrhausen und Daniela Kaiser

Unter den Linden 13-15

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 3407 5559

Fax. +49 (0)30 3407 4209

E-Mail: info.ahg@db.com

Handelsregister: AG Charlottenburg, 116881B